

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 674

Mittwoch, 20. Februar 2019

26. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Der Kampf um die Kandidaturen von Thelma Aldana und Zury Ríos geht weiter.....	1
Es gibt nun 17 KandidatInnenpärchen (und ein paar fehlen noch).....	2
Auf der Suche nach neuen Horizonten: Weitere Migranten-Karawanen in Mittelamerika.....	4
Diskussionen um das Versöhnungsgesetz: Weg zur Straffreiheit für Verbrechen?.....	5
Das US-State Department lehnt die Reform des Versöhnungsgesetzes ab.....	6

Der Kampf um die Kandidaturen von Thelma Aldana und Zury Ríos geht weiter

Guatemala, 18. Feb. - Die Rechtsanwälte, Marcelo Sarti und Marco Vinicio Mejía haben rechtliche Schritte in Bezug auf Präsidentschaftskandidaturen von Thelma Aldana und Zury Ríos eingelegt. Sarti legte sie gegen die Parteiversammlung der politischen Gruppierung SEMILLA ein, die am 10. März stattfinden und Thelma Aldana zur Präsidentschaftskandidatin küren soll. Mejía hat beim Verfassungsgericht Einspruch gegen die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes eingelegt, die zunächst von der Wahlbehörde (TSE) verweigerte Zulassung von Ríos zum Wahlgang doch möglich zu machen.

Wer sind diese beiden Personen?

Marcelo Sarti ist der Anwalt des Präsidentensohns, José Manuel Morales und des Präsidentenbruders, Samuel Morales Cabrera, in deren Strafprozess im Fall «Selbstbedienung im Eigentumsregister» (Botín Registro de la Propiedad). Zudem war er an dem Antrag auf Aufhebung der Immunität gegen die VerfassungsrichterInnen, Francisco de Mata Vela, Bonerge Mejía und Gloria Porras, im Zusammenhang mit deren positiven Urteilen zur CICIG beteiligt. Der Anwalt ist Mitglied und Gründer einer Partei namens Humanistische Partei (die von Eduard Mulet begründet wurde). (...)

Marco Vinicio Mejía war Dozent der Rechtswissenschaften und ist Assessor des Präsidenten Jimmy Morales. Er hat einige Verfassungsklagen geführt, unter anderen eines, das zum Ziel hatte, das Ende des Mandats der CICIG aufzuhalten. (*Das widerspricht sich irgendwie, wo doch Jimmy gegen CICIG ..., d.Red.*)

Aktion gegen SEMILLA

Sarti tritt gegen die Partei SEMILLA an. Er sagte, dass er die Klage als normaler Bürger gegen eine Parteiversammlung eingereicht habe, die die ehemalige Oberstaatsanwältin, Thelma Aldana, zur Präsidentschaftskandidatin küren soll. Er argumentierte, dass die Gruppierung in ihrer Einladung keine Termine für Versammlungen auf Landkreis- und Departmentsebene festgelegt habe, in einer anderen Einladung solche vielmehr abgesagt habe. Daher sei er der Meinung, dass diese nationale Versammlung nicht stattfinden dürfe, weil es keine Delegierte aus den Landkreise gebe, die abstimmen können. "Dieses Vorgehen widerspricht dem Wahl- und Parteiengesetz (LEPP), weil die Partei alle Regelungen über Versammlungen nicht eingehalten haben. Die Partei - SEMILLA - versucht am 10. März eine Versammlung durchzuführen, ohne Delegierte aus den Landkreisen zu haben", erklärt Sarti. Dabei bitte er die TSE, diese Versammlung aus den genannten Gründen zu verbieten.

Samuel Pérez, der Generalsekretär von SEMILLA, erklärte, dass diese Klage keinerlei Grundlage habe: "Es scheint da Unsicherheiten über die Fristen zu geben, aber das gilt nicht für die unseren. Wovon sie sprechen ist, dass die Frist von 30 Tagen zwischen Einberufung und Versammlung nicht eingehalten werden würde - das ist aber falsch, weil unsere Versammlung am 10. März stattfindet und die Einladung auf die Sekunde genau passt", sagte Pérez.

SEMILLA versicherte, dass alles fristgerecht laufen würde. Zwar seien einige ausserordentliche Versammlungen auf Landkreis- und Departmentsebene abgesagt worden, aber diese werden, entsprechend der dafür im LEPP vorgesehenen Fristen (acht Tage zwischen Einladung und Versammlung), durchgeführt.

Aktion gegen ein Zulassen von ZuryRíos Sosa zur PräsidentInnenwahl

Anwalt Mejía hat beim Verfassungsgericht (CC) einen eininstanzlichen Einspruch gegen das Urteil des Obersten Gerichtshofes (CSJ) eingelegt, die ein provisorisches Aufheben der Nicht-Einschreibung von Zury Ríos Sosa, der Kandidatin der Partei VAMOS gegen die TSE erwirkt hatte.

Mejía erklärte, dass der CSJ damit internationales Menschenrecht angewandt habe, um dieses Urteil am 13. Februar öffentlich zu begründen. Dadurch habe es den Artikel 186 der Verfassung (über die Hindernisse für (Vize-)Präsidentenchaftskandidaturen) nicht nur verletzt, sondern verändert. Laut Artikel 281 der Verfassung dürfte dieser Verfassungartikel jedoch nicht reformiert oder ausser Kraft gesetzt werden. Er argumentierte auch mit Artikel 46 der Verfassung, der nahe lege, dass internationales Recht das Prinzip enthalte, dass in Menschenrechtsfragen jene Verträge und Konventionen, die Guatemala ratifiziert habe, oberhalb des nationalen Rechts stünden. Allerdings könne dieses Prinzip nicht die Veränderung der Verfassung rechtfertigen.

Das Argument der TSE bezieht sich darauf, dass Ríos Sosa die Tochter von Efraín Ríos Montt sei, einem Putschisten und Staatschef von 1982 bis 1983, dem 2003 die Zulassung als Präsidentenchaftskandidat vom Verfassungsgericht versagt wurde.

Darüber befragt, sagte der Vizepräsidentenchaftskandidat von VAMOS, Roberto Molina Barreto, dass ihn diese Klage des Rechtsprofessors sehr besorgt mache. Jede/r Studierende wüsste doch, dass man eine Einspruch nicht mit einem Einspruch beantworten könne. (...). Er fügte folgende Anekdote an: "Vor einigen Monaten hat Mejía Zury Ríos besucht. Er gab ihr ein Buch, schrieb eine Botschaft der Wertschätzung für ihr politisches Engagement hinein. Allerdings wurde er nicht in das politische Team von Zury berufen, was ihn wohl zornig gemacht hat. Und wir wissen ja, dass er eine Nähe zu anderen politischen Parteien hat, er hat sich mit der Kandidatin Thelma Aldana bei einer akademischen Veranstaltung fotografieren lassen."

Als sie von dem Urteil des CSJ zu ihrem Gunsten hörte, verlautbarte Ríos Sosa am 14. Februar, dass sie an die Justiz glaube und auch an den Wahlprozess. Sie verpflichte sich, ihre KonkurrentInnen mit Respekt zu begegnen und eine Kampagne der Wertschätzung fahren zu wollen. Sie wünsche sich ein Ende der schmutzigen Angriffe und bat um einen fairen Wettbewerb, in dem keine/r über anderen stehe, sondern alle gleich behandelt werden. Sie werde auf Angriffe mit inhaltlichen Forderungen antworten.

Ríos Sosa erhielt ihre Beglaubigung als Präsidentenchaftskandidatin am folgenden Tag. Ende letzter Woche wurde bekannt, dass die TSE vor dem Verfassungsgericht gegen die Einschreibung von Ríos Sosa Einspruch eingelegt hat. Darüber ist noch nicht abschliessend entschieden worden.

Weitere Beweise gegen Thelma Aldana?

Der Abgeordnete von TODOS, Juan Ramón Lau, hat gegenüber der Staatsanwaltschaft für Verwaltungsdelikte weitere Beweise gegen die ex-Generalstaatsanwältin, Thelma Aldana, wegen des Kaufs eines Gebäudes in der Zone 5 unter ihrer Verantwortung vorgelegt. Es handele sich dabei um 3.600 Akten (*so viele?, d.Red.*) über diesen Gebäudekauf. "Wir sind besorgt darüber, dass so viel Zeit verstrichen ist und dass trotz dieser Beweise die Ermittlung nicht vorankommt", sagt Lau. Auch wenn nichts in dieser Sache unternommen worden sei, könne er eigentlich nicht glauben, dass es einen Mantel der Straffreiheit gegenüber bestimmten Personen gebe. "Wir sehen, wie die Ex-Staatsanwältin einen vorgezogenen Wahlkampf macht, ohne Rechnungen vorzulegen. Ich möchte nicht annehmen, dass Aldana noch immer ihre Fäden in der MP spinnt oder dass die Generalstaatsanwältin, María Consuelo Porras, ihren Aufgaben nicht nachkomme ...", deutet er dunkel an. "Ich fordere Porras auf, dass sie in diesem Fall etwas unternimmt und dafür sorgt, dass es hier keine Straffreiheit geben wird. Wir haben die Beweise geliefert, wir haben dies gemacht, weil es Teil der Aufgabe des Ausschusses ist, den ich leite. Damit dürfte es keine Schwierigkeit mehr geben, die Verantwortlichen zu ermitteln".

Die Staatsanwaltschaft (MP) erklärte über ihre Presseabteilung, dass sie eine autonome Institution sei, die sich an die Rechtsstaatsprinzipien halte. "Der Fall, von dem hier die Rede ist, befindet sich im Stande des Ermittlungsverfahrens und wenn wir Ergebnisse haben, werden wir es Sie wissen lassen. Jede Ermittlung braucht seine Zeit, um Beweisgrundlagen für ein mögliches Gerichtsverfahren zusammen zu bekommen", hiess es weiter.

Rotman Pérez, ein Mitarbeiter von Thelma Aldana, wollte die Aussagen von Lau nicht kommentieren. (Prensa Libre)

Es gibt nun 17 KandidatInnenpärchen (und ein paar fehlen noch)

Guatemala, 19. Feb. - Mit der Verkündigung dreier neuer KandidatInnenpärchen letzten Sonntag gibt es nun insgesamt 17 solcher 'binomios' für die beiden höchsten politischen Ämter im Land. Zehn weitere sind möglich, wenn alle von der TSE grundsätzlich zugelassenen Parteien solche aufstellen. Eine derart hohe Zahl hat es in der politischen Geschichte des Landes noch nicht gegeben. Während der als Volksfest betitelten Wahlen, die am 16. Juni stattfinden sollen, werden der Präsident und der Vizepräsident, 340 Landkreistage, 160 Kongressabgeordnete und 20 Abgeordnete des Zentralamerikanischen Parlaments gewählt, insgesamt fast 4.000 Wahlämter. Mehr als sieben Millionen Wahlberechtigte dürfen daran teilnehmen.

Folgende Parteien haben ihre KandidatInnen für die PräsidentInnen und VizepräsidentInnen nominiert: VALOR, TODOS, UNE, UNIONISTA, UCN, VIVA, FCN-Nación, CREO, Convergencia, WINAQ, FUERZA, UNIDOS, URNG

und VAMOS. Zu diesen gesellten sich am letzten Wochenende die Parteien PAN, Produktivität und Arbeit (PPT) und VICTORIA.

Die entscheidenden nationalen Versammlungen stehen noch aus bei EG von Nineth Montenegro, HUMANISTA von Eduard Mulet, der Liberalen Partei Guatemalas (LIBRE), SEMILLA (s.o.), der Partei BürgerInnenwohl (PC) des amtierenden Bürgermeisters von Villa Nueva, und von AVANZA, aber auch der Partei von CODECA, MLP. Obwohl die Partei Nacionales Wohlbefinden (BIEN) ihre Versammlung bereits abhielt, hat sie keine KandidatInnen benannt. Weitere politische Organisationen halten ihre Versammlungen auf Lankreis- und Departmentsebene ab, um dann ihre nationale Versammlung folgen zu lassen. Im Falle von LIBRE und SEMILLA werden die KandidatInnen im März gekürt. Hier sind die Namen der 17 KandidatInnen in alphabetischer Reihenfolge der Hausnamen der PräsidentschaftskandidatInnen und die Information, ob diese auch die notwendige Beglaubigung erhalten haben (Stand: 19.02.):

1. Roberto Arzú und José Antonio Farias, PAN
2. Guillermo Fredy Cabrera und Ricardo Sagastume, TODOS (haben Beglaubigung erhalten)
3. Pablo Ceto und Blanca Estela Colop, URNG
4. José Luis Chea Urruela und Mario Guillermo González, PPT.
5. Pablo Duarte und Roberto Villeda, UNIONISTA (haben Belaubigung erhalten)
6. Carlos Eggenberger und Antonio Rodríguez, VIVA
7. Héctor Estrada und Yara Argueta, CREO
8. Mario Estrada und Otto Javier Castillo, UCN (haben Beglaubigung erhalten)
9. Estuardo Galdámez und Betty Marroquín, FCN-Nación
10. Alejandro Giammattei und Guillermo Castillo, VAMOS (haben Beglaubigung erhalten)
11. Benito Morales und Claudia Valiente, Convergencia
12. Mauricio Radford und Abundio Maldonado, FUERZA (haben Beglaubigung erhalten)
13. Zurund Ríos und Roberto Molina, VALOR (haben Beglaubigung erhalten)
14. Amílcar Rivera und Érico Can Saquic, VICTORIA
15. Sandra Torres und Carlos Morales, UNE (haben Beglaubigung erhalten)
16. Luis Velásquez und Arturo Soto, UNIDOS
17. Manuel Villacorta und Liliana Hernández, WINAQ

Von diesen wurden einige KandidatInnen bereits in Heft 670 vorgestellt, nämlich von UNE, VAMOS, TODOS, FUERZA und VALOR. Einige damals angestellten Spekulationen haben sich bewahrheitet: etwa dass der Banker und ehemalige Wirtschaftsminister, Luis Velásquez für UNIDOS antritt, der Minister für Kultur, José Luis Chea Urruela, an einer Kandidatur für eine Partei namens Produktivität und Arbeit (offenbar erfolgreich) gearbeitet hat. Robert Arzú, der Sohn des verstorbenen Präsidenten und Hauptstadt-Bürgermeister Álvaro Arzú Igoyen und Bruder des Parlamentspräsidenten, ist der Kandidat von PAN, die mit der Gruppierung namens PODEMOS eine Allianz eingeht. CREO wird nun nicht mit dem Kandidatenkandidaten Mariano Ventura antreten, sondern mit Julio Héctor Estrada, einem Ökonom, ex-Mitarbeiter der Citibank, Unternehmer und aktuellen Finanzminister. Seine Vizepräsidentinkandidatin, Yara Argueta, kommt aus der katholischen Universität Rafael Landívar und ist Industrieingenieurin (auch als Dozentin) und war bis 2018 Direktorin der FUNDESA, einer Unternehmensnahen Stiftung.

Der junge Präsidentschaftskandidat von VIVA, Eggenberger, hat am 19.02. allerdings seinen Rücktritt von der Kandidatur angekündigt. Zwar habe es Anfragen weiterer Parteien wegen einer Kandidatur gegeben er werde jedoch weiterhin bei VIVA aktiv werden und sich auf Strategien für die Wahlen 2023 konzentrieren. Ob nun der Doktor der Politikwissenschaften, Antonio Rodríguez, von der Kandidatur zum Vizepräsidenten auf den die zum Präsidenten aufrückt, ist unklar.

Interessant sind die im jüngsten Artikel der Nómada nicht weiter erwähnten linken Parteien URNG, Convergencia und WINAQ, die mit drei verschiedenem 'binomios' antreten. Die ex-Guerrilla **URNG** geht mit Pablo Ceto ins Rennen, dem Rektor der Ixil-Universität in Nebaj, aktuellen Abgeordneten im Zentralamerikanischen Parlament (PARLACEN) und im letzten Jahr Kandidat für die Vizepräsidentschaft. Er war in den 1970er Jahren Mitglied der Guerilla EGP und Aktivist der Union der BäuerInnenverbände, CUC. Seine Partnerin im Wahlkampf wird Blanca Estela Colop sein. Sie ist Dichterin und in der indigenen Bildung aktiv. So hat sie ein Quiché-Wörterbuch geschrieben und ist Präsidentin der Comunidad Lingüística K'iche. Die **URNG** hatte sich Ende Januar / Anfang Februar um Allianzen mit Winaq, Semilla, Encuentro por Guatemala, Plataforma Ciudadana, Convergencia und der Movimiento para la Liberación de los Pueblos (MLP) bemüht, es habe sich aber keine Einheitsfront ergeben, so schreibt Prensa Libre.

Die **Convergencia** tritt mit Benito Morales und Claudia Valiente an. Morales ist Quiché, Anwalt und Notar und aktiv im Rat der Völker des Westens (CPO). Valiente ist Soziologin der USAC, hat u.a. für das Menschenrechtsbüro des Erzbistums gearbeitet und war Mediatorin in Landkonflikten. Convergencia-Generalsekretär ist der bekannte ex-URNG-Kommandant, Pablo Monsanto.

Winaq hat Manuel Villacorta und Liliana Hernández aufgestellt: Villacorta ist Politikwissenschaftler und hat einen Dokortitel in Politischer Soziologie, berät internationale Organisationen und ist Hochschullehrer. Hernández ist Menschenrechtsanwältin und arbeitet in sozialen und indigenen Bewegungen.

Insgesamt gab es noch nie so viele weibliche KandidatInnen, immerhin zwei Präsidentschaftskandidatinnen (Sandra Torres und Zury Rios, wobei noch einige dazu kommen können, etwa Thelma Aldana) und fünf Vizepräsidentschaftskandidatinnen (Blanca Estela Colop, Yara Argueta, Betty Marroquín, Claudia Valiente und Liliana Hernández), wobei auch hier einige hinzukommen können.

Politische BeobachterInnen gehen davon aus, dass noch gut die Hälfte der Parteien aufgrund der verschärften Bestimmungen des Wahlgesetzes von 2016 heraus fliegen könnten. Das erste Hindernis ist es, kein 'binomio' zu bestimmen. Dabei könnten einige Plätze offen für andere Parteien frei werden, eine Strategie, die etwa die Partei des befreienden Fortschritts (PLP) oder die Gruppierung Café angewendet haben. Falls es eine Partei nicht schafft, (Vize-)PräsidentschaftskandidatInnen zu küren, so sollte sie ParlamentskandidatInnen in mindestens der Hälfte der Departamentos aufstellen. Laut AnalystInnen wird es für diese schwierig, da nur 25 % der Ausgaben aus staatlichen Quellen stammen dürfen, das wären maximal 750.000 Quetzales (= 84.663 €). Zugleich seien (Vize-)PräsidentschaftskandidatInnen die Gesichter einer Partei und daher wichtig (Prensa Libre, Nómada und eigene Internetrecherchen).

Auf der Suche nach neuen Horizonten: Weitere MigrantInnen-Karawanen in Mittelamerika

(*Andreas Boueke*) Als sich Ende des vergangenen Jahres große Gruppen von MigrantInnen in Honduras zu Karawanen zusammengeschlossen haben, hat das die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit geweckt. In den USA nahm Präsident Trump die Bilder Hunderter armseliger MittelamerikanerInnen zum Anlass, vor einer großen Gefahr für sein Land zu warnen. Tatsache aber ist, dass die Zahl der undokumentierten EinwandererInnen, die in die USA gelangen, in den letzten zehn Jahren stetig gesunken ist. Schon lange ziehen Menschen aus Mittelamerika nach Norden. Neu ist das Phänomen, dass sie sich zu sehr grossen Gruppen zusammenschliessen, um gemeinsam durch Mexiko zu wandern. Längst haben sich weitere Karawanen aus den Ländern Honduras, El Salvador und Guatemala auf den Weg gemacht.

Eine schmale Strasse im alten Zentrum von Guatemala-Stadt. Rund zweihundert Menschen sitzen auf dem Bürgersteig vor dem „Haus des MigrantInnen“. Seit 25 Jahren steht die kirchliche Institution reisenden Menschen bei, die eine Pause und etwas Stärkung brauchen. Die ersten MigrantInnen der Karawane sind schon vor Stunden in die guatemalteki-sche Hauptstadt gekommen. Für die Nacht haben sie sich auf verschiedene Lagerstätten verteilt. Das klappt gut, obwohl diesmal keine Männer mit Megaphonen Ansagen machen, so wie bei den ersten beiden Karawanen. Die einzelnen Gruppen stehen jetzt über Smartphones in Kontakt mit FreundInnen oder Angehörigen, die dieselbe Strecke schon hinter sich haben. Sie geben Tipps für Reiserouten und Übernachtungsmöglichkeiten.

Diesmal sind besonders viele Mütter mit Kindern zum „Haus des MigrantInnen“ gekommen. Die dreißigjährige Miriam ist vor drei Tagen in San Pedro Sula aufgebrochen, einer Grossstadt im Osten von Honduras. „Manchmal laufen wir, manchmal nimmt uns ein Auto oder ein Lastwagen mit“, erzählt sie. „Jetzt warten wir hier vor dem 'Haus des MigrantInnen' auf Einlass für die Nacht.“

Miriam's vierjährige Tochter liegt rücklings auf dem Bordstein und starrt in den wolkenlosen Himmel. Die Kleine hat noch nicht verstanden, dass bisher erst eine Etappe der sehr langen Reise hinter ihr liegt. „In Honduras gibt es keine Arbeit“, klagt ihre Mutter. „Schauen sie, meine Haut ist sonnengebrannt, weil ich so lange durch die Strassen gelaufen bin, auf der Suche nach Arbeit, um meine Familie ernähren zu können. Natürlich macht mir die lange Reise Angst, aber wir haben keine andere Wahl.“

Das Elend hinter sich lassen

Im Inneren des „Haus des MigrantInnen“ bereiten Freiwillige den Moment vor, an dem sie die Türen öffnen werden. Sie säubern Toiletten, entlausen Matratzen und schrubben Fussböden. Die Psychologin Roxana Palma steht bereit, um sich denjenigen MigrantInnen zuzuwenden, die ein therapeutisches Gespräch brauchen. „Die Leute sind es Leid, das Elend in ihren Ländern zu ertragen, das Fehlen an Möglichkeiten, die würdelosen Lebensbedingungen. Sie tun sich zusammen, weil sie nicht genug Geld haben, um einen SchlepperInnen zu bezahlen. Sie haben verstanden, dass es weniger gefährlich ist, gemeinsam zu reisen.“

In Guatemala schliessen sich weitere Leute der Karawane an, trotz der Unsicherheit, ob sie ihr Ziel erreichen werden. Der Menschenrechtsaktivist Israel Macario, Mitarbeiter des Netzwerks „Plataforma Agraria“, meint, die meisten MigrantInnen hätten keine Alternative. „Entweder sie geben alles für den Versuch, in die USA zu kommen und von dort Geld nach Hause zu schicken, oder sie bleiben hier, ohne Chance, dass sie eines Tages ihre Kinder gesund aufwachsen sehen. Deshalb nehmen sie das Risiko auf sich. Sie sind sich sehr bewusst, dass sie durch die Wüste gehen müssen, dass sie in die Hände der Drogenkartelle fallen können, dass sie womöglich von den Behörden deportiert werden. Und sie wissen, dass sie in den USA nicht frei leben können, dass sie sehr hart arbeiten müssen. Die Menschen wissen das alles und gehen trotzdem.“

Windeln für Kleinkinder

Unterdessen haben sich vor der Tür des „Haus des MigrantInnen“ einige junge Frauen zusammengefunden. Schüchtern klopfen sie an. Sie bitten um Windeln für ihre Kleinkinder und ein wenig Milch. Minuten später reicht eine ältere Freiwillige zwei Pakete Plastikwindeln heraus, einen Topf heisses Wasser und eine Tüte Milchpulver.

Der junge Mann Alberto beobachtet die Szene. Ihm wird klar, dass er die Nacht auf der Strasse schlafen wird. Familien mit Kindern werden zuerst hereingelassen. Danach wird für ihn kein Platz mehr sein. Alberto kennt das Leben in den USA. Er ist dort aufgewachsen, bevor ihn die Migrationsbehörde im letzten Sommer nach Guatemala deportiert hat, das Land in dem er zur Welt gekommen ist. „Ich gehe zurück nach Norden, weil ich in Guatemala nicht arbeiten kann“, sagt er. „Statt Arbeit gibt es hier gefährliche Banden. Selbst die Polizei will dein bisschen Geld haben. Das Leben hier ist Scheisse. Das ist kein Leben. Ich will nur arbeiten. 23 Jahre lang war ich in den USA, bevor sie mich deportiert haben. Mein Leben ist dort, nicht hier.“ Alberto hat in Texas gelebt. Er weiss, wie man dort Arbeit findet. Er wird es schaffen, sich ein neues Leben aufzubauen, da ist er sich sicher: „Dort im Norden, wenn man arbeiten will, dann sagt dir jemand: 'Du willst arbeiten? Na dann komm.' Da gibt es nicht diesen ganzen Kram mit Dokumenten und Nachweisen, so wie hier in Guatemala. Ausserdem verdienst Du hier in der Landwirtschaft nur 800 Quetzales (= 90 €) für zwei Wochen Arbeit. Das ist ein Monatslohn von 200 Euro. Das reicht nicht für Essen, Strom, Wasser, all das.“

Neben Alberto sitzt sein Cousin Jaime. Der kennt die USA nur aus Erzählungen und Hollywoodfilmen. Im Radio hat er gehört, dass es sehr schwer sein wird, ins Land zu kommen, solange Donald Trump Präsident ist. „Wie lange wird Donald Trump noch an der Macht sein? Zwei Jahre. Dann muss ich wohl zwei Jahre lang in Mexiko bleiben, bevor ich rüber komme. Aber wie machen das all die anderen Leute, die es rein schaffen?“

Das ist die grösste Sorge der meisten MigrantInnen: Werden sie es schaffen, die Grenze zwischen Mexiko und den USA zu überqueren? Die guatemaltekeische Journalistin Michelle Mendoza berichtet seit der ersten Karawane für den Sender CNN: „Ich denke, zumindest einige Familien werden es schaffen. Ich weiss von Familien aus den ersten beiden Karawanen, die aus Chicago, New York, Los Angeles angerufen haben. Sie sagen: 'Wir sind drin. Wir sind glücklich. Wir müssen uns verstecken, aber wir sind drin.'“

Solche Berichte machen dem Salvadorianer Edgar Hurtado Hoffnung. Am Tag vor der Abreise hat er seinen fünfzigsten Geburtstag gefeiert. Viele seiner JugendfreundInnen waren nicht dabei, weil sie sich schon längst nach Norden aufgemacht haben. Er ist in El Salvador geblieben, weil er dort ein ordentliches Auskommen hatte, einen kleinen Laden. Doch seitdem Mitglieder einer Jugendbande fast wöchentlich Schutzgelder von ihm erpressen, reicht sein Verdienst nicht mehr zum Überleben. „Früher sind die Leute allein losgezogen. So geht das jedes Jahr. Sie gehen in vielen kleinen Gruppen. Jetzt sind die Gruppen grösser. Aber eigentlich ist es wie immer. Seit es Menschen gibt, migrieren sie in andere Länder, auf der Suche nach neuen Horizonten.“

Diskussionen um das Versöhnungsgesetz: Weg zur Straffreiheit für Verbrechen?

Guatemala, 18. Feb. - Der Menschenrechtsbeauftragte (PDH), Jordán Rodas, und die Opfer der sexuellen Erniedrigung von Frauen in der Kaserne Sepur Zarco, für die zwei pensionierte Militärangehörige im Dezember 2018 verurteilt wurden (siehe ¡Fijáte! 670), haben am Montag ihre Ablehnung gegenüber dem Reformentwurf zum Versöhnungsgesetz öffentlich gemacht.

Rodas befand sich auf einem Treffen mit dem Menschenrechtsausschuss des Kongresses und wurde bereits zuvor über die Absicht vieler Abgeordnete informiert, das Versöhnungsgesetz so zu ändern, dass eine völlig Amnestie für jene angewandt wird, die während des bewaffneten Konfliktes für Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich waren. „Das ist unfassbar und hat nicht keinerlei Bezug zu internationalen Rechtsstandards. Es hat auf nationaler Ebene, aber auch in der internationale Gemeinschaft die verständliche Reaktion gegeben, ob dieser Entwurf vielleicht einfach ein Missverständnis sein könnte. Es gibt sehr viel geeignetere Gesetze, die dem Land dienen als zu versuchen, etwas so Notwendiges wie Gerechtigkeit zu beerdigen“, sagte der Menschenrechtler.

Rodas meinte, dass ein solcher Versuch des Kongresses den internationalen Beziehungen des Landes schaden werde: „Das lässt sich zweifellos an zwei Ereignissen festmachen: An dem Besuch einiger US-SenatorInnen und Kongressabgeordneten am letzten Wochenende und an der Bitte der schwedischen Regierung an ihren Botschafters in Guatemala, Anders Kompass, Bericht zu erstatten, über das, was im Land vorgeht. Überall schrillen die Alarmglocken.“

Es gebe – so fährt er fort – immer mehr ablehnende Äusserungen, vor allem von den Opferverbänden des bewaffneten Konfliktes: „Jede Person mit gesundem Menschenverstand und einem gerüttelten Mass an Gerechtigkeitsempfinden weiss, dass dieser Entwurf Straffreiheit propagiert in Zeiten, in denen die Justiz ausgehöhlt wird.“

Aktuell sei noch nicht der Moment, irgendwelche rechtlichen Schritte gegen den Entwurf zu einzuleiten, weil er ja noch nicht Gesetz geworden sei. „Aber, auch wenn ich hoffe, dass es nicht passiert, muss ich – sofern es doch Gesetz werden sollte – dagegen rechtlich vorgehen, weil es internationale Rechtsstandards, die Guatemala ratifiziert hat, verletzt. Es ist unerquicklich, aber ohne jeden Zweifel werde ich das tun, weil wir das nicht zulassen dürfen!“, kündigt Rodas an.

Er fügte an, dass die Abgeordneten bei der Lesung die Folgen für ihr Land in den Blick nehmen müssen, wenn dieser Entwurf durchgesetzt werden sollte: „So, wie es im Moment in diesem Land läuft, geht es in die falsche Richtung und wir werden auf die Dauer alles verlieren. Wir sind keine Insel, wir brauchen ein international glaubwürdiges Land und kein Pariastaat. Auf diesen Weg geht Guatemala aber, wenn diese Art der Politik fortgesetzt wird“, schliesst er seine Ausführungen ab.

Opfer von Sepur Zarco bittet um ein Ende des Gesetzentwurfes

Demecia Yat, eine Überlebende im Fall Sepur Zarco, versuchte einen Brief an Álvaro Arzú Escobar, den Kongresspräsidenten zu übergeben, in dem sie die Reform des Versöhnungsgesetzes ablehnte. Der Versuch fand während eines Treffens der Fraktionsspitzen statt. Yat, eine alte Frau, die nur Q'eqchi spricht und von einem Übersetzer begleitet wurde, versuchte den Abgeordneten zu vermitteln, dass die Opfer von Sepur Zarco "über diesen Entwurf entsetzt sind und diesen gänzlich ablehnen". Der Brief, den sie übergeben wollten, enthielt die Aussage, dass "dieser Entwurf der nationalen und internationalen Rechtsordnung widerspreche und dem Rechtsstaat schweren Schaden zufüge. Es ist ein Rückschritt in der Anwendung des Rechts, insbesondere in Bezug auf Menschenrechte und das internationale humanitäre Recht."

Das US-State Department lehnt die Reform des Versöhnungsgesetzes ab

Guatemala, 14. Feb. - Das US-State Department zeigte sich "tief besorgt" über den Reformentwurf zum Gesetz zur nationalen Versöhnung, der eine Amnestie vorsehe für alle Verbrechen während des internen bewaffneten Konfliktes. (...) Der Entwurf mit der Nummer 5377 versuche, jene Personen, die während des bewaffneten Konfliktes zwischen 1960-96 Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hätten, von jeglicher juristischer Verantwortlichkeit freizusprechen.

"Der Entwurf würde eine breite Amnestie für die Verantwortlichen schwerster Menschenrechtsverletzungen und Misshandlungen bedeuten, auch für jene, die bereits verurteilt worden sind", erklärte Robert Palladino, einer der PressesprecherInnen des State Departments. Er fügte hinzu: "Die RichterInnen, die sich mit diesen Verbrechen in Guatemala befassten, haben die Würde der Überlebenden wieder hergestellt und ihnen ein grösseres Vertrauen in die staatlichen Institutionen verschafft. Sie sind ein positives Beispiel für andere Staaten, die ihre bewaffneten Konflikte aufzuarbeiten suchen". "Die USA werden weiterhin die guatemalteckischen Institutionen und das guatemalteckische Volk in ihrem Kampf gegen Korruption und Straffreiheit unterstützen", stellte Palladino klar.

Die Reformen des Gesetzes der Nationalen Versöhnung sind darauf gerichtet, die Amnestie auszuweiten auf Delikte, die im bisherigen Text nicht ausgewiesen sind, etwa Genozid, Verschwinden lassen und Folter. Neben der Amnestie für bereits Verurteilte werde eine rückwirkende Anwendung angestrebt. Der Entwurf versucht auch den Artikel 5 des Gesetzes zu ändern, um die Amnestie oder den völligen Ausschluss von jeglicher Strafverantwortung für jene Delikte herzustellen, die bis zu einem Inkrafttreten des neuen Gesetzes während des bewaffneten Konfliktes begangen worden waren: sowohl TäterInnen, KomplizInnen als auch jene, die die Verbrechen deckten, sowohl Mitglieder der Guerilla URNG als auch staatliche FunktionärInnen.

Vizepräsident Jafeth Cabrera begegnete inzwischen den Äusserungen aus den USA mit dem lapidaren Hinweis, dass jedes Land seine eigenen Probleme lösen solle. Ansonsten wisse er nichts über den Entwurf.

Und die Abgeordnete der Regierungspartei FCN-Nación, Iliana Calles wies die Kritik zurück, die Reform diene vor allem dem auf der Flucht befindlichen Parteigründer und ex-Militär, Edgar Justino Ovalle Maldonado, damit dieser wieder ohne von Gerichtsverfahren wegen Beteiligung an Verbrechen während des Bürgerkrieges bedroht zu werden, ins Land und in den Kongress zurückkehren könne. Es möge von aussen womöglich so aussehen, als ob da ein Zusammenhang bestehe, dies sei aber nicht so, sagte Calles. Ziel sei vielmehr, "in dieser Frage Ordnung zu schaffen und die Möglichkeiten für Versöhnungsprozesse auszuloten".

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Jetzt auch auf Facebook: www.facebook.com/fijateMagazin

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6